

Wer ist antisemitisch? Meinungsfreiheit - unbegrenzt?

Budrich, Edmund

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Budrich, E. (2021). Wer ist antisemitisch? Meinungsfreiheit - unbegrenzt? *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 70(1), 111-117. <https://doi.org/10.3224/gwp.v70i1.10>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Wer ist antisemitisch? Meinungsfreiheit – unbegrenzt?

Edmund Budrich

Seit über einem Jahr wird in Deutschland eine Diskussion darüber geführt, ob der Beschluss des Deutschen Bundestages, der sich gegen die BDS-Bewegung wendet, die Meinungsfreiheit beeinträchtigt.

Die im folgenden (in notwendigerweise kurzen Ausschnitten) dokumentierten Positionen der streitenden Parteien zeigen, dass der Begriff "Antisemitismus" in unterschiedlichem Verständnis Streitgegenstand ist, und dass die Streitenden unterschiedliche Bereiche im Blick haben – den des kulturellen Austauschs (Meinungsfreiheit), den des politischen Geschehens im Nahen Osten (Existenzrecht Israels) und den der Wirkungen auf die deutsche Gesellschaft

Der Ausgangspunkt

Der Beschluss des Deutschen Bundestages

Der Bundestag hat am Freitag, 17. Mai 2019, einen gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen“ angenommen. Für den Antrag stimmten die CDU/CSU, SPD, FDP, große Teile von Bündnis 90/Die Grünen und der fraktionslose Abgeordnete Mario Mieruch. Dagegen stimmten große Teile der Linksfraktion und Teile der Grünen-Fraktion. Enthalten haben sich die AfD-Fraktion sowie Teile der Linksfraktion und Teile der Grünen-Fraktion. Anträge der AfD und



Edmund Budrich
Mitherausgeber und Redakteur von GWP

der Linken wurden abgelehnt. In der Beurteilung von BDS stimmten sie mit dem Mehrheitsantrag überein.

Im Antrag heißt es:

„[...] III. Der Deutsche Bundestag beschließt,

1. erneut jeder Form des Antisemitismus schon im Entstehen in aller Konsequenz entschlossen entgegenzutreten und die BDS-Kampagne und den Aufruf zum Boykott von israelischen Waren oder Unternehmen sowie von israelischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Künstlerinnen und Künstlern oder Sportlerinnen und Sportlern zu verurteilen;
2. Räumlichkeiten und Einrichtungen, die unter der Bundestagsverwaltung stehen, keinen Organisationen, die sich antisemitisch äußern oder das Existenzrecht Israels in Frage stellen, zur Verfügung zu stellen. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, keine Veranstaltungen der BDS-Bewegung oder von Gruppierungen, die deren Ziele aktiv verfolgen, zu unterstützen;
3. seine Unterstützung für die Bundesregierung und den Beauftragten für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus sowohl in der Prävention als auch in der entschiedenen Bekämpfung von Antisemitismus und jeglichem Extremismus unvermindert fortzusetzen;
4. keine Organisationen finanziell zu fördern, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen;
5. keine Projekte finanziell zu fördern, die zum Boykott Israels aufrufen oder die die BDS-Bewegung aktiv unterstützen;
6. Länder, Städte und Gemeinden und alle öffentlichen Akteurinnen und Akteure dazu aufzurufen, sich dieser Haltung anzuschließen.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw20-de-bds-642892>

Ein Stimmungsbild – BDS gegen Israel: Umstrittener Boykott – und Gegenboykott

Eine Boykott-Kampagne für die Rechte der Palästinenser polarisiert, weil sie die Frage aufwirft, wo Kritik an Israel aufhört und wo Antisemitismus beginnt.

Wie politisch darf Kunst, dürfen Künstler sein? Dass sich über diesen Fragen ein Kulturereignis in ein Minenfeld verwandeln kann, haben in diesem Sommer die Ruhrtriennale in Bochum und das Berliner Pop-Kultur-Festival gezeigt. In Bochum entzündete sich eine erbitterte Kontroverse um die Band Young Fathers, weil die drei Hip-Hopper offen mit der israelkritischen Bewegung Boycott, Divestment, Sanctions (BDS) sympathisieren.

In Berlin hagelte es Absagen von Künstlern aus aller Welt, weil die israelische Botschaft zu den finanziellen Unterstützern des Festivals zählt. Auch hier hatte die internationale Aktivisten-Kampagne BDS ihre Finger im Spiel.

Das pro-palästinensische Netzwerk setzt sich für einen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Boykott Israels ein und brandmarkt das Land im Nahostkonflikt als Menschenrechtsverletzer. Zwar kann die BDS-Kampagne nichts für das Lob, das sie auch von der palästinensischen Terrororganisation Hamas erhält. Aber es verkompliziert den Fall. Denn im Zentrum der BDS-Debatte steht die Frage: Wann schlägt Israel-Kritik in Judenhass um? Deutschland, das Land der Täter, tut sich mit der Antwort besonders schwer.

<https://www.dw.com/de/bds-gegen-israel-umstrittener-boykott-und-gegenboykott/a-45275847-0>

Wogegen sich der Bundestagsbeschluss wendet

Die BDS-Bewegung. Aufruf von 2005

Boycott, Divestment and Sanctions („Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen“, abgekürzt BDS) ist eine transnationale politische Kampagne, die den Staat Israel wirtschaftlich, kulturell und politisch isolieren will, um ihre im Jahr 2005 beschlossenen

Ziele durchzusetzen. Die Bewegung setzt den Staat Israel mit Südafrika in der Apartheid-Epoche gleich und sich selbst mit dem Widerstand dagegen.

171 palästinensische Organisationen unterzeichneten diesen Aufruf; viele Solidaritätsgruppen und Prominente unterstützen ihn. Führende BDS-Vertreter bestreiten offen das Existenzrecht Israels und wollen diesen Staat abschaffen.

Aus dem Wortlaut der Aufrufs von 2005:

„[...] Aufgrund der Tatsache, dass sämtliche internationale Interventionen und Friedensbestrebungen nicht in der Lage waren, Israel zu überzeugen oder zu zwingen, den Konventionen des Humanitären Rechts genüge zu leisten, die grundlegenden Menschenrechte anzuerkennen und die Besetzung und Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung zu beenden; und in Anbetracht der Tatsache, dass in der Geschichte aufrichtige Menschen in der internationalen Gemeinschaft immer wieder die moralische Pflicht übernommen haben, gegen Unterdrückung zu kämpfen, wie es im Kampf gegen Apartheid in Südafrika die verschiedenen Formen von Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen gezeigt haben; inspiriert vom Kampf der Südafrikaner gegen die Apartheid, und im Sinne der internationalen Solidarität, moralischen Standfestigkeit und des Widerstands gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung, rufen wir, RepräsentantInnen der palästinensischen Zivilgesellschaft, internationale Organisationen und alle rechtschaffenen Menschen auf der ganzen Welt dazu auf, weitgreifend Boykott und Investitionsentzug gegen Israel durchzusetzen, ähnlich der Maßnahmen gegen Südafrika während der Apartheid. Wir appellieren an Sie, Druck auf Ihren jeweiligen Staat auszuüben, um Embargos und Sanktionen gegen Israel zu erreichen. Wir laden ebenfalls gewissenhafte Israelis dazu ein, diesen Aufruf zu unterstützen, der Gerechtigkeit und einem echten Frieden willens.

Diese gewaltlosen Strafmaßnahmen müssen solange aufrecht erhalten bleiben, bis Israel seiner Verpflichtung nachkommt, den PalästinenserInnen das unveräußerliche Recht der Selbstbestimmung zuzugestehen, und zur Gänze den Maßstäben internationalen Rechts entspricht, indem es:

- 1) Die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes beendet und die Mauer abreißt;
- 2) Das Grundrecht der arabisch-palästinensischen BürgerInnen Israels auf völlige Gleichheit anerkennt; und
- 3) Die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, wie es in der UN Resolution 194 vereinbart wurde, respektiert, schützt und fördert.

https://www.palaestina-portal.eu/BDS_2005_Aufruf_palaestinensischen_Zivilgesellschaft.htm

Die BDS-Bewegung – ein näherer Blick

[...] „Die BDS-Bewegung versteht sich als Anwalt der palästinensischen Zivilgesellschaft. Ihre Gründung im Jahr 2005 geht nach eigener Darstellung auf einen Aufruf der palästinensischen Zivilbevölkerung zurück, der jedoch nicht dokumentiert ist. Bei näherer Betrachtung verbergen sich hinter dem BDS vielfältige Interessen, darunter alarmierende Sympathien für Terrorgruppen wie Hamas und Hizbullah. Auf die Frage, ob die weltweit operierende Bewegung allein durch die Solidarität mit der palästinensischen Zivilbevölkerung verbunden wird, oder ob man unter humanitärem Deckmantel noch andere Interessen verfolgt, hat schon 2017 ein Aufsatz des Politikwissenschaftlers Florian Markl Licht geworfen, der jetzt neue Aktualität gewonnen hat (Sans Phrase, Zeitschrift für Ideologiekritik, Heft 11, 2017). Markl führt die Anfänge des BDS auf die UN-Konferenz gegen Rassismus zurück, die 2001 im südafrikanischen Durban stattfand.

<https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/geschichte-der-israel-boykottbewegung-bds-16308736.html>

Der Streit über den Bundestagsbeschluss (kulturpolitische Probleme)

Die „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“: gegen Missbrauch des Antisemitismusvorwurfs für Meinungsfreiheit

Gegen diese Entschließung mit dem implizierten Antisemitismusvorwurf wandte sich eine große Gruppe von Kulturschaffenden mit einer „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“. Die Liste der Unterzeichner und Unterzeichnerinnen ist lang und eindrucksvoll.

Darin heißt es:

„Als Repräsentantinnen und Repräsentanten öffentlicher Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen verbindet uns der staatliche Auftrag, Kunst und Kultur, historische Forschung und demokratische Bildung zu fördern und der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Dafür sind wir auf eine Öffentlichkeit angewiesen, die auf der normativen Basis der grundgesetzlichen Ordnung streitbare und kontroverse Debatten ermöglicht. [...] Der gemeinsame Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus und jede Form von gewaltbereitem religiösem Fundamentalismus steht im Zentrum unserer Initiative. [...] Es ist unproduktiv und für eine demokratische Öffentlichkeit abträglich, wenn wichtige lokale und internationale Stimmen aus dem kritischen Dialog ausgegrenzt werden sollen. [...] Vor diesem Hintergrund bereitet uns auch die Anwendung der BDS-Resolution des Bundestages große Sorge. Da wir den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch für grundlegend halten, lehnen wir den Boykott Israels durch den BDS ab. Gleichzeitig halten wir auch die Logik des Boykotts, die die BDS-Resolution des Bundestages ausgelöst hat, für gefährlich. Unter Berufung auf diese Resolution werden durch missbräuchliche Verwendungen des Antisemitismusvorwurfs wichtige Stimmen beiseitegedrängt und kritische Positionen verzerrt dargestellt. [...]“

<https://drive.google.com/file/d/14WBP1OsmU8Vm2pQm1cteCLrDnPs7FZ5/view>

Der Offene Brief „Wir können nur ändern, was wir konfrontieren!“

Mit diesem Offenen Brief schlossen sich zahlreiche weitere Kulturschaffende der Initiative an.

Hieraus:

„Die genannte Initiative [Initiative GG 5.3 Weltoffenheit] ist eine späte Reaktion auf den umstrittenen Bundestagsbeschluss vom Mai 2019, in dem die Ziele und Methoden der palästinensischen Solidaritätsbewegung „Boycott, Divestment, Sanctions“ (BDS) offiziell als antisemitisch verurteilt wurden. Dieser Beschluss wurde von einer breiten Mehrheit fast aller im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien getragen und forderte, Projekten, die die BDS-Bewegung „aktiv unterstützen“, öffentliche Gelder zu entziehen. Die Stellungnahme kritisiert diesen Bundestagsbeschluss und beschreibt ihn als „gefährlich“. Wir teilen diese Besorgnis und betrachten die Einschränkung des Rechts auf Boykott als Verletzung demokratischer Prinzipien. Seit Verabschiedung dieses Beschlusses wird er als Mittel eingesetzt, um marginalisierte Positionen zu verzerren, zu verleumden und zum Schweigen zu bringen, insbesondere solche, die sich für palästinensische Rechte einsetzen oder kritisch zur israelischen Besatzung äußern.“

<https://duckduckgo.com/?q=wir+k%C3%B6nnen+nur+%C3%A4ndern%2C+was+wir+konfrontieren&t=newext&atb=v1-1&ia=web>

Nur nicht polarisieren!

Die Historikerin Barbara Stollberg-Rilinger (Professorin an der Universität Münster und Rektorin des Wissenschaftskollegs zu Berlin) in einem Gastbeitrag für die FAZ-net:

„Dem Kampf gegen den hierzulande bedrohlich anwachsenden Antisemitismus tut der BDS-Beschluss keinen Gefallen, ganz im Gegenteil. Man befördert vielmehr die gesellschaftliche Polarisierung, deren

schlimmste Auswüchse man derzeit ja in den Vereinigten Staaten von Amerika beobachten kann. Die Teilnehmer der Initiative GG 5.3 erleben derzeit, wie eine solche Polarisierungsdynamik funktioniert. Wenn jede vermittelnde Stimme automatisch der Gegenseite zugeschlagen wird, dann gibt es irgendwann keine vermittelnden Stimmen mehr. Wenn stets unterstellt wird, dass der Debattengegner nicht meint, was er aber immer wieder explizit sagt, sondern „implizit“ das Gegenteil im Schilde führt, dann ist keine sachliche Debatte mehr möglich. Dann gibt es keine gemeinsame Sprache mehr, in der man über gegensätzliche Positionen streiten könnte, sondern dann gibt es nur noch feindliche Lager.“

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-bds-debatte-und-ihre-polarisierungsdynamik-17112101.html>

Der Streit über den Bundestagsbeschluss (politische Probleme)

Was bedeuten die Forderungen der BDS-Bewegung?

In einem Streitgespräch zwischen dem Historiker Michael Wolffsohn (ehem. Professor für *Neuere Geschichte an der Bundeswehruniversität München*) und dem ehemaligen Kulturstaatsminister und ZEIT-Herausgeber Naumann im Magazin DER SPIEGEL verweist Wolffsohn auf den politischen Gehalt der BDS-Forderungen:

[...] „BDS benutzt eine an sich sehr sympathische, an Menschenrechten orientierte Sprache. Aber man muss auf ihre Website schauen: BDS will, dass die palästinensischen Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren, also zum Beispiel nach Westjerusalem, Lod, Ramle, Akko. Das heißt, dass nach heutiger Zählung sieben Millionen Palästinenser nach Israel zurückkommen könnten. Das wäre eine demografische Atombombe gegen Israel. Ich wundere mich, dass nur wenige das durchschauen. [...] BDS ist übrigens vorzüglich organisiert, und Megaterroristen wie Leila Khaled werden auf BDS-Veranstaltungen bejubelt. Er ist in seiner Wirkung liquidatorisch, weil er das Ende Israels bedeuten würde.“

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/michael-wolffsohn-und-michael-naumann-im-streitgesprach-wer-antisemit-ist-bestimmt-der-jude-a-00000000-0002-0001-0000-000174544040>

Zur Diskussion in Deutschland: Antisemitismus getarnt als Israel-Kritik

Gegen die Erklärung und den Offenen Brief stellt sich das Bündnis gegen Antisemitismus Köln.

[...] Beide Briefe [„Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“ und „Offener Brief“] machen deutlich, dass die Unterzeichner*innen offenbar kein Verständnis von Antisemitismus haben. [...] Die Annahme der Unterzeichner*innen, es gebe eine Zensur, die als so wirkmächtig erlebt wird, dass, wer BDS nichtverurteile, in Deutschland nicht mehr arbeiten könne und zunehmend von „Angst und Paranoia“ getrieben werde, stellt zudem selbst ein antisemitisches Stereotyp dar. Demnach könne man Jüdinnen und Juden bzw. den Staat Israel nicht kritisieren – aufgrund eines unterstellten jüdischen Einflusses auf Medien und Politik. Wie schon gezeigt wurde, ist die sogenannte „Israelkritik“ sowohl in der deutschen Gesellschaft als auch international weit verbreitet. Dass nun teils millionenschwere Kultur- und Wissenschaftsinstitutionen öffentlich und in verschiedenen Medien genau das kundtun, was sie angeben nicht kundtun zu dürfen, verdeutlicht die Absurdität der Zensurvorwürfe. Weder BDS noch Kritik an Israel sind in Deutschland verboten. Es besteht jedoch kein Anspruch für Kultur- und Wissenschaftsinstitutionen auf die staatliche Finanzierung der Kooperation mit einer antisemitischen Bewegung.[...]

<https://www.koelnische-gesellschaft.de/wp-content/uploads/2021/01/Stellungnahme-zur-Initiative-GG-5.3-Weltoffenheit.pdf>

Zur Diskussion in Deutschland: Israelbezogener Antisemitismus

Was Israelbezogener Antisemitismus in Deutschland bedeutet, erläutert die Amadeu Antonio Stiftung in ihrem Newsblog „Belltower“:

„Israelbezogener Antisemitismus ist eine der derzeit gängigsten Ausdrucksformen des Ressentiments gegen Jüdinnen und Juden. Wird Israel als Chiffre verwendet, lässt sich vieles sagen, was ansonsten gesellschaftlich verpönt, wenn nicht gar strafbar wäre. Wenn die Neonazi-Partei „Die Rechte“ Wahlplakate mit dem Schriftzug „Zionismus stoppen. Israel ist unser Unglück!“ aufhängt, werden sich viele zu Recht an den Spruch Heinrich von Treitschkes, „Die Juden sind unser Unglück“, erinnert fühlen, das auf der Titelseite des nationalsozialistischen *Stürmers* prangte. Lediglich das Substantiv wurde ausgetauscht. Die Leser*innen wissen zwar ganz genau wer gemeint ist. Juristisch ist da aber nichts zu machen, meint zumindest die Generalstaatsanwaltschaft in Celle, die das Verfahren einstellte.

[...] Doch israelbezogener Antisemitismus findet sich bei Weitem nicht nur in neonazistischem oder faschistischem Milieu wie etwa beim Attentäter von Halle, der seine Mordtat unter anderem damit begründete, die Regierung sei von Zionisten besetzt. Laut der jüngsten Autoritarismusstudie der Leipziger Sozialforscher*innen Oliver Decker et al. ist israelbezogener Antisemitismus ein gesamtgesellschaftliches Phänomen: 30% der Bevölkerung stimmen der Aussage zu: „Israels Politik in Palästina ist genauso schlimm wie die Politik der Nazis im Zweiten Weltkrieg“. Und noch einmal 39% beantworten diese Frage mit „teils/teils“. Fast 70% der Befragten stehen dieser Frage also zumindest nicht ablehnend gegenüber. Immer noch sehr weit verbreitet ist die Zustimmung zu den Aussagen „Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer“ (13,5 bzw. 30 %) und „Auch andere Nationen mögen ihre Schattenseiten haben, aber die Verbrechen Israels wiegen am Schwersten“ (12 bzw. 34%). Neben Geschichtsrevisionismus ist Antisraelismus damit die häufigste Codierung von Antisemitismus.“

<https://www.belltower.news/rezension-wegweiser-im-streit-um-die-bds-bewegung-109609/>

Ein Ergebnis

Horst Teltschik pragmatisch

[...]Wahrscheinlich ist es im Umgang mit Israel klug, einem Rat von zu folgen: "Kritik an israelischer Politik muss sehr nüchtern und sehr realitätsbezogen sein, man muss sich sehr intensiv sachkundig machen." Der enge Vertraute des früheren Bundeskanzlers Helmut Kohl war zehn Jahre lang Vorsitzender der deutsch-israelischen Wirtschaftskommission und leitete fast ein Jahrzehnt lang die Münchner Sicherheitskonferenz.

„Aber das kann ja nicht heißen, dass man, um dem Vorwurf des Antisemitismus zu entgehen, alles für gut und richtig hält, was vor allem die jetzige israelische Regierung entscheidet“, fährt Teltschik fort. Es könne „uns nicht egal sein, welche Entscheidungen die israelische Regierung trifft“, ergänzt er – auch aus ureigenstem Interesse: „Die Region des Nahen und Mittleren Ostens ist von einer Brisanz, die unmittelbare Auswirkungen auf Frieden und Sicherheit auch in Europa hat.“

Und wie man in Bochum und Berlin gesehen hat: Sie hat auch unmittelbare Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland.

<https://www.dn.com/de/bds-gegen-israel-umstrittener-boycott-und-gegenboycott/a-45275847-0>

Hinweis: Auslassungen in den zitierten Dokumenten sind durch eckige Klammern [...] kenntlich gemacht.

Schlusskommentar

Die Dokumentation (mit den verfügbaren Dokumenten könnte man Bücher füllen) zeigt, dass die Streitenden sich in einem Dilemma befinden:

Das sind die, die sich für die Palästinenser engagieren wollen. Wenn sie deswegen die BDS-Bewegung unterstützen, machen sie sich – nolens volens – zu Genossen von Hamas und anderen Israelfeinden.

Da sind die, die sich für unbedingte Meinungsfreiheit einsetzen. Wenn sie deswegen die BDS-Bewegung unterstützen, fördern sie zugleich womöglich Antisemitismus.

Und da sind die, die den Antisemitismus bekämpfen wollen. Wenn sie deswegen die BDS-Bewegung bekämpfen, beleidigen und beschädigen sie diejenigen, die mit guten Gründen dafür sind.

In solchen Situationen gilt der alte Spruch: „In Gefahr und höchster Not, bringt der Mittelweg den Tod.“

Der Deutsche Bundestag hat den Mittelweg vermieden und eine Entscheidung getroffen. Ob richtig oder falsch, das bleibt hier offen. Aber er hat seine Position geklärt.